

„Gemeinsam mit ihren Schülern begeben sich die Lehrer auf die Suche nach der verlorenen Weisheit, wie man ein Mensch wird [...].“

(Picht 1965, S. 39)

„Was wir brauchen ist eine im neuen Sinn humanistische Bildung, bei der es nicht auf den humanistischen Stoffinhalt, aber auf den Geist echter Humanität, nicht erlernter, sondern gelebter humanitas ankommt. Unser Ausleseverfahren wird dabei demokratisch sein müssen; das Ziel aber – wie bei jeder wahren Bildung – muß aristokratisch bleiben.“

(Becker 1930, S. 34)

„Grande profundum est ipse homo [...].“

(Augustinus 2009, IV, XIV, 22)

1 Einleitung

Am 28. Januar 2010 berichtete die Berliner Morgenpost von einem Brief, den der Jesuitenpater Klaus Mertes, Rektor des angesehenen Canisius-Kollegs zu Berlin, wenige Tage vorher an mehr als 500 Schülerinnen und Schüler der Kolleg-Jahrgänge 1975 bis 1983 adressiert hatte. In diesem sehr persönlichen Schreiben schilderte Mertes, dass er während der Jahre seiner Schulleitungstätigkeit mehrfach von Alt-Canisianerinnen und -Canisianern kontaktiert wurde, die während ihrer Schulzeit Opfer physischer Gewalt und sexueller Übergriffe geworden waren. Im Namen der Schule entschuldigte sich der Rektor bei den Betroffenen für das erlittene Unrecht und kündigte für das Kolleg wie für den Orden das Bemühen um rückhaltlose und unvoreingenommene Aufklärung der Straftaten an (vgl. Mertes 2010). Veranlasst durch den Zeitungsartikel fand noch am gleichen Tag eine Pressekonferenz statt. Die Nachricht des Missbrauchsverdachts am Canisius-Colleg wurde auch von überregionalen Medien rasch aufgenommen – u.a. der Tagespiegel, die taz und Die Welt kommentierten die Ereignisse umgehend auf ihren Online-Portalen sowie in den Printausgaben des nächsten Tages.

Diese ersten öffentlichen Hinweise auf pädosexuelle Straftaten an Schutzbefohlenen durch physisch wie seelisch übergriffige Lehrer, Erzieher und Seelsorger am jesuitischen Elitegymnasium in Berlin lösten in den Folgewochen einen medialen Flächenbrand aus. Sie offenbarten schließlich erschütternde, nicht für möglich gehaltene Einblicke in die Kriminalgeschichte der Pädagogik der jüngeren Vergangenheit: Tatsächlich blieben die vorgebrachten Vorwürfe auch nicht auf das Canisius-Kolleg beschränkt, denn bereits in den Folgetagen der Veröffentlichungen in den Berliner Tageszeitungen weitete sich die Berichterstattung über Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen geradezu explosionsartig aus. So vermeldete die Badische Zeitung bereits am 31. Januar Vorwürfe über ähnliche Übergriffe auch aus dem nicht minder bekannten Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald.

Die Tatsache, dass mit St. Blasien und dem Canisius-Kolleg zwei konfessionelle Vorzeigegymnasien mit Missbrauchsvorwürfen konfrontiert wurden, konzentrierte die investigative Berichterstattung über sexuelle Gewalt in Internaten zunächst allein auf kirchliche Einrichtungen. In der Tat mussten nach Hinweisen ehemaliger Schüler noch weitere renommierte konfessionelle Elite-Internate wie das Gymnasium des oberbayerischen Benediktinerklosters Ettal und die Schule der Regensburger Domspatzen ähnliche Verfehlungen von Seelsorgern und Pädagogen einräumen, wie sie für Berlin oder St. Blasien zu diesem Zeitpunkt bereits belegt waren.

Irritierenderweise standen die bekannten reformpädagogischen, der Tradition der Landerziehungsheimpädagogik verpflichteten Internatsschulen im Januar und Februar des Jahres 2010 zunächst nicht im Fokus der medialen Aufmerksamkeit um pädosexuelle Gewalt. Verwunderlich ist dies insbesondere deshalb, weil sich mit den aktuell gegen die kirchlichen Bildungsinstitutionen vorgebrachten Missbrauchsvorwürfen ein Skandal wiederholte, der das Feuilleton in ähnlicher Weise schon eine Dekade früher kurzzeitig beschäftigt hatte, damals aber weder von überregionalen Blättern noch von den Boulevardmedien aufgegriffen worden war. Institutioneller Mittelpunkt dieser ersten Kontroverse um sexuelle Gewalt in Internatsschulen war seinerzeit das beschauliche Hambachtal, unweit von Hepenheim an der Bergstraße mit seiner sich idyllisch in die Landschaft fügenden »Pädagogischen Provinz« der reformpädagogischen Odenwaldschule (OSO).

Auch damals wurde die Debatte um pädosexuelle Verbrechen erst durch die öffentliche Berichterstattung forciert. Und auch damals bot erst ein Zeitungsartikel Anlass, eine sehr schleppende und im Ergebnis nur halbherzige Aufklärung zu intensivieren. Auslöser seinerzeit war ein Beitrag des Journalisten Jörg Schindler. Dieser hatte am 17.11.1999 unter dem Titel: „Der Lack ist ab“ in der Frankfurter Rundschau über Vorwürfe gegen den in der Bildungsszene der Bundesrepublik populären, reformpädagogisch ausgewiesenen, ehemaligen Leiter der Odenwaldschule, Gerold Becker berichtet (vgl. Schindler 1999).

Tatsächlich gleichen sich die Ausgangskonstellationen der beiden Aufklärungswellen der Jahre 1999 und 2010 in vielerlei Aspekten. Auffällig ist etwa, dass die Vorwürfe gegen die mutmaßlichen Täter weit zurückliegen und dass es trotz vielfältiger Hinweise bei den betroffenen Institutionen und Verantwortungsträgern kein ausgeprägtes Interesse an investigativer Nachhaltigkeit gibt. Zu groß sind offensichtlich die Bedenken, dass die beschuldigten Einrichtungen durch transparente Aufklärung der Verbrechen öffentlichen Schaden nehmen könnten.

Umso mehr muss das Engagement von Pater Klaus Mertes gewürdigt werden, der bewusst die Beschädigung des Ansehens des Kollegs, gar die existenzielle Infragestellung der Einrichtung in Kauf nahm, um als Anwalt der Opfer die unter dem Dach des Gymnasiums erfolgten Schändungen öffentlich zu verfolgen.

Ähnlich sind auch die zähen zeitlichen Dramaturgien der beiden skizzierten Aufklärungsprozesse, denn es fällt auf, dass in der Regel mehrere Jahre vergehen, bis die von Betroffenen gegenüber Lehrern oder Schulleitungen angezeigten Taten schrittweise über die Kollegien, Trägervereine oder Stiftungen schließlich dann doch bis in die Öffentlichkeit dringen. Auch das Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Gerold Becker durch den Artikel in der Frankfurter Rundschau im November 1999 hat einen spannungsreichen Vorlauf von nahezu zwei Jahren:

Gerold Becker, zu diesem Zeitpunkt hauptamtlich als Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime (LEH), pädagogischer Berater und umtriebiger Publizist tätig, ist im Oktober des Jahres 1997 Gast auf einem Altschü-

lertreffen der Odenwaldschule. Er begegnet dort vielen ehemaligen »Kameraden« u.a. auch Schülern, die in den 1970er- bzw. 1980er-Jahren in der »Becker-Familie« im Herderhaus in Ober-Hambach gelebt hatten. Unter den Altschülern ist auch Andreas Huckele.¹ Huckele konfrontiert seinen ehemaligen »Familienvater« mit Missbrauchsvorwürfen – zunächst im persönlichen Gespräch, später dann auch brieflich. Becker antwortet im November auf dieses Schreiben, räumt Verfehlungen ein, verweist bilanzierend schließlich aber darauf, dass er »zu und unkonzentriert« sei, um sich im Einzelnen mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen (vgl. Schindler 2010). Damit scheint dieser erste Disput um Beckers Schandtaten zunächst aus der Welt. Andreas Huckele hat auch keine Ambitionen, die Kontroverse öffentlich auszutragen. Und der ehemalige Schulleiter nimmt die Vorwürfe weder zum Anlass, um sein weiteres Engagement an der Odenwaldschule kritisch zu überdenken noch auf Distanz zu seiner ehemaligen Wirkungsstätte zu gehen. Eher im Gegenteil – ab Januar 1998 intensiviert er seine Kontakte nach Ober-Hambach wieder – er unterrichtet aushilfsweise in Religionskursen, unterstützt die Schule bei den Reifeprüfungen und nimmt im Juni des Jahres auch an der Verabschiedung des Abiturjahrgangs 1998 teil. Überdies ist er über verschiedene Gremien an die Schule gebunden. Er ist zu diesem Zeitpunkt noch immer Vorsitzender des Fördervereins und Mitglied des Trägervereins der Odenwaldschule sowie Vorsitzender der Dachorganisation der reformpädagogischen Internatsschulen. Becker agiert, als hätte es das Anliegen des ehemaligen Schülers um Klärung der Vorwürfe nicht gegeben.

Beckers Ignoranz und dessen erneut intensivierte Verbindung an die vormalig von ihm geleitete Schule nimmt Andreas Huckele nun allerdings zum Anlass für eine Informationsoffensive. Er will den Sachverhalt diesmal nicht einfach auf sich beruhen lassen. Gemeinsam mit einem anderen ehemaligen Becker-Zögling unterrichtet er am 16. Juni Wolfgang Harder, den aktuellen Leiter der Odenwaldschule, wie auch 25 weitere Lehrer brieflich über die pädophilen Übergriffe während der Becker-Zeit und fordert transparente Aufklärung ein. Die Vorwürfe sind gravierend und verlangen umgehende Stellungnahmen. Harder agiert auch, wie es sein Amt von ihm verlangt – fernmündlich kontaktiert er sowohl die Urheber des Briefes wie auch den darin belasteten Becker, um die vorgebrachten Anschuldigungen aufzuhehlen. Noch am selben Tag ruft er den Vertrauensrat der

1 Andreas Huckele gehört zu den aktivsten und engagiertesten Aufklärern der hier dokumentierten Missbrauchsdebatten der Jahre 1999 und 2010. Huckele, selbst Opfer des übergriffigen Gerold Becker, war öffentlich lange Zeit zunächst nur unter dem Pseudonym »Jürgen Dehmers« präsent (u.a. in Christoph Röhl's Film »Und wir sind nicht die einzigen« von 2011). Seit dem großen publizistischen Erfolg und der öffentlichen Anerkennung seines autobiografischen Buches »Wie laut soll ich denn noch schreien« (Dehmers 2011), tritt er nun allerdings unter seinem bürgerlichen Namen auf. Gewürdigt wurde das Buch u.a. mit dem Geschwister-Scholl-Preis des Landesverbandes Bayern im Deutschen Börsenverein und der Stadt München des Jahres 2012.

Schule ein. Mit Ausnahme Beckers, der zu den Vorwürfen schweigt, sind sich alle am Klärungsprozess Beteiligten zu diesem Zeitpunkt noch darüber einig, den Anschuldigungen zwar konsequent nachzugehen, zum Schutz der Privatsphäre der betroffenen Schüler wie zur Vermeidung eines öffentlichen Skandals um die Schule die Vorwürfe aber intern zu klären.

Diese Strategie geht auch auf: Obgleich sich Gerold Becker nicht zu den Vorwürfen äußert, legt er aber in den Folgewochen und -monaten alle Ämter nieder, die ihn an die Odenwaldschule binden (die Mitgliedschaft im Trägerverein, den Vorsitz des Fördervereins sowie den Vorsitz der LEH-Vereinigung). Intern wird der Aufklärungsprozess tatsächlich auch vorangetrieben. Vertreter der Odenwaldschule arrangieren mehrere persönliche Gespräche mit den beiden betroffenen Altschülern. Im August, nur zwei Monate nach dem Eingang des Briefes, steht das Thema „Schutz vor sexuellem Fehlverhalten“ auf einer Mitarbeitertagung der Odenwaldschule zumindest auf der Agenda. Kontrovers diskutiert wird es freilich weniger im Plenum als in informellen Gesprächen. Dass es im Kollegium der Schule aber offensichtlich ein ernsthaftes Bemühen um Aufklärung der Verbrechen gibt, wird daran deutlich, dass sich die folgende Mitarbeitertagung der OSO im März 1999 erneut dem Thema: „Zusammenleben im Internat/Erziehung und Umgang mit Sexualität“ widmet. Der erkennbare Wille zur Aufarbeitung der unglaublichen Anschuldigungen versandet allerdings in einem bloßen Diskussionsaktivismus, denn organisationsstrukturell nachhaltige Konsequenzen aus dem Skandal um Becker werden nicht gezogen. Dazu hätte es einer systematischen, rückhaltlosen und vor allem öffentlichen Aufklärung der Verbrechen ohne Rücksicht auf beteiligte Personen bedurft wie auch des Wagnisses, als letzte Konsequenz aus dem Skandal, die Schließung der Schule zu riskieren.

Nichts davon aber ist erfolgt. In der Tat muss es als daher große Tragik der Odenwaldschule gesehen werden, dass die einmalige historische Chance verpasst wurde, die unmittelbare Betroffenheit nach dem Bekanntwerden der Missbrauchsvorwürfe in eine konzeptionelle Diskussion über den Sinn von Internatserziehung und die problematische Konstellation von Nähe und Distanz im pädagogischen Bezug zu überführen. Stattdessen setzte sich im Spannungsfeld der zentrifugalen Kräfte zum Umgang mit den Straftaten jene Fraktion durch, die das Ansehen der Schule um jeden Preis retten wollte.

Ein ähnliches Zaudern bei der Bewältigung des Skandals lässt sich auf der Verbandsebene der reformpädagogischen Internatsschulen beobachten: Gerold Becker wird im Verlauf des Jahres 1998 geräuschlos entmachtet und vom Vorstandsvorsitz der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime ohne Gesichtsverlust abgelöst (offiziell wechselt er in den Ruhestand!). Er behält dabei zum Teil sogar seine Mitgliedschaften in Stiftungsräten einzelner Landerziehungsheime (etwa bei den Lietz-Schulen) und darf diese auch weiterhin beraten. Offiziell oder öffentlich

wird er aber weder aufgefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, noch diese zu entkräften.

Für die von den Schändungen betroffenen Schüler müssen der mangelnde Aufklärungswille und die Verschleppung des Skandals erneut als Demütigung empfunden werden. Andreas Huckele wird in den Wochen bis zum Spätherbst 1999 noch mehrmals an die Schule schreiben. Er wird auch Strafanzeige gegen Gerold Becker stellen (im Übrigen vergeblich, denn das Verfahren wird nach kurzer Zeit wegen Verjährung eingestellt), bevor er sich dann doch entschließt, das erfahrene Unrecht öffentlich zu machen und sich einem Redakteur der Frankfurter Rundschau anzuvertrauen. Anders aber als später im Jahre 2010 löst der im November 1999 publizierte Artikel keine mediale Eskalation aus: Lediglich ein Stuttgarter Lokalblatt greift die Meldung auf. Becker jedoch wird in der Folgezeit weiterhin als gefragter Experte auf den Podien sitzen, den Redaktionen einflussreicher pädagogischer Fachzeitschriften angehören oder in diversen Ausschüssen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung mitarbeiten. An der Odenwaldschule wird man zur Tagesordnung reformpädagogischer Praxis übergehen und auch die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wird sich nach der Jahrtausendwende vor allem pädagogisch-konzeptionell (etwa im populären Fahrwasser der Schulevaluation oder der PISA-Debatte) zu profilieren suchen.

Das Verdrängen des Skandals um die Odenwaldschule und ihren ehemaligen pädophilen Leiter Gerold Becker ist so massiv und gelingt so erfolgreich, dass nach der Aufdeckung der Missbrauchshandlungen am Canisius-Kolleg im Januar 2010 mehr als ein Monat vergehen kann, bis auch die Schule im Hambachtal erneut in den Fokus der Diskussion gerät. Diese vier Wochen zwischen der Veröffentlichung über die Aufklärungsinitiative von Pater Klaus Mertes in der Berliner Morgenpost und der ersten – im Übrigen durch ehemalige Schüler erzwungenen – öffentlichen Stellungnahme der Odenwaldschule zu den Missbrauchsvorwürfen der 1970er- und 1980er-Jahre am 1. März 2010 muss als die zweite verpasste Chance der Schule wie des Dachverbandes der LEH-Internate angesehen werden, die Verbrechen an den Kindern rückhaltlos aufzuarbeiten sowie Täter, Mitwisser und Verantwortliche zu benennen.

Tatsächlich ist das Krisenmanagement während des medialen Sturms um die konfessionellen Internatsschulen in den Reihen der Landerziehungsheime beklagenswert, denn die Debatte trifft weder die Schulleitung in Ober-Hambach noch die Mitglieder der in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zusammengeschlossenen Reforminternate gänzlich unvorbereitet. Zum einen zeichnet sich nämlich seit dem Frühjahr 2009 ab, dass sich die von den Übergriffen der Becker-Zeit betroffenen Altschüler der OSO – anders als 1999 – nicht nochmals mit halbherzigen Aufklärungsbemühungen zufrieden geben werden und das für 2010 anstehende Jubiläum der 100-Jahrfeier der Gründung der Schule zum An-

lass nehmen, die Verbrechen erneut öffentlich zu machen. Zum zweiten gibt es auf der Ebene der Leiter der Landerziehungsheiminternate schon seit dem Herbst des Jahres 2009 eine sehr intensive Verständigung über die prekäre Geschichte der Odenwaldschule unter der Leitungsverantwortung Gerold Beckers. Anstoß zu dieser Diskussion gab eine gemeinsame Exkursion der Heimleiter nach Wickersdorf, dem Schauplatz der von Paul Geheeb und dem pädophilen Gustav Wyneken 1906 gegründeten Freien Schulgemeinde. Bei diesem Treffen wurden auch die Vorwürfe gegen Gerold Becker erneut zum Thema gemacht. Insbesondere die erst kürzlich in die Leiterkonferenz neu aufgenommenen jüngeren Mitglieder, die noch keine Kenntnis von den Ereignissen des Jahres 1999 hatten, forcieren hierbei die Aufarbeitung der kriminellen Vorgänge. Im Ergebnis wird der Vorstand des Internatsdachverbandes beauftragt, eine „Stellungnahme der LEH-Vereinigung zu dem Problem von sexuellen Übergriffen/Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen“ zu erarbeiten. Dies geschieht noch im Dezember 2009, also fast zwei Monate vor der Berichterstattung zum Canisius-Kolleg. In diesem Positionspapier (vgl. die Dokumentation im Anhang) verurteilt die Vereinigung die Straftaten, distanziert sich von Mitarbeitern oder Leitern, denen Missbrauchshandlungen nachgewiesen werden, bekennt sich zur notwendigen Aufarbeitung der Missbrauchsvorwürfe und verpflichtet sich, die Themen »Sexualität« und »Sexuelle Gewalt« künftig präventiv zu diskutieren.

Diese Erklärung bleibt faktisch allerdings ohne jede Konsequenz, da sich die Leiterkonferenz zugleich zu unbedingter Vertraulichkeit gegenüber Außenstehenden verpflichtet, wie zur Zurückhaltung im Hinblick auf die Aufarbeitungsmaßnahmen der Odenwaldschule selbst. Der einzige Zweck des Papiers ist es, eine gemeinsame Sprachregelung für den Fall zu finden, dass die Causa Becker erneut an die Öffentlichkeit gelangen sollte (was, wie sich bereits abzeichnet, durch das OSO-Jubiläum auch mehr als wahrscheinlich ist).

Diese selbst auferlegte Zurückhaltung und falsch verstandene Loyalität gegenüber der Odenwaldschule wird spätestens mit der Veröffentlichung zum Canisius-Skandal in der Berliner Morgenpost zum Problem: Die Vereinigung kann sich nicht aktiv in die Aufklärungsdebatte einbringen und bleibt zur Untätigkeit verdammt. Letztlich führt dies dazu, dass der Interessenverband der reformpädagogischen Internate während der kontrovers ausgetragenen Missbrauchsdebatte einen enormen Ansehensverlust erleidet. Die Fehleinschätzung der medialen Dynamik um die pädosexuellen Übergriffe an der Odenwaldschule wie die versäumten Gelegenheiten, bereits 1999 bzw. am Jahresbeginn 2010 zum Taktgeber einer offensiven Investigation des Missbrauchs zu werden oder sich einer rückhaltlosen Selbstkritik zu stellen, rächen sich bitter: Im Jahresverlauf 2010 verlagert sich die öffentliche Debatte um physische und seelische Gewalt in pädagogischen Einrichtungen mehr und mehr von den konfessionellen Internaten auf die Landerziehungsheime, mit der dramatischen Konsequenz, dass durch den

Odenwaldskandal die Reformpädagogik insgesamt in Misskredit gerät. Geradezu reflexhaft werden die Schandtatn Beckers dabei als letzter Beleg dafür angeführt, dass der so genannte reformpädagogische Aufbruch des 20. Jahrhunderts von Mythen und Dogmen verstellt sei und das insbesondere die charismatischen Akteure aus dem Umfeld der Landerziehungsheim-Pädagogik weder Nennenswertes zur Schul- und Unterrichtsentwicklung im 20. Jahrhundert beigetragen hätten, noch zu einem konsequenten Denken »vom Kinde aus« (zusammenfassend dazu etwa Oelkers 2011). Eher im Gegenteil: Reformpädagogik, Landerziehungsheimideologie allzumal, werden zum Synonym für institutionell gedeckte Verbrechen an Heranwachsenden und krude Selbstverwirklichungsambitionen pädagogischer dilettierender Egozentriker.

Die Forcierung der Kritik an der pädagogischen Institutionenform »Landerziehungsheim« durch die Verschränkung von vermeintlich defizitärer historisch-konzeptioneller Tradition und aktuellen Missbrauchsvorwürfen trifft die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime hart und unvorbereitet. Tatsächlich müssen die Mitglieder der im Verband zusammengeschlossenen Internate einräumen, dass in den eigenen Reihen kaum ein reflektiertes Bewusstsein über die historische Herkunft ausgeprägt ist. So mag zwar jedes einzelne Heim bis in die Gegenwart die eigene Geschichte pflegen, die jeweiligen Gründer ehren und die historisch gewachsenen Alleinstellungsmerkmale des jeweiligen pädagogischen Profils betonen. Dennoch trifft die Kritik am Gründungsmythos im Kern aber zu: Die Fragen, was Landerziehungsheimpädagogik als exklusives pädagogisches Programm auszeichnet oder was sie aus ihrer historischen Tradition heraus zur Profilierung der aktuellen Schullandschaft beitragen kann, bleiben ebenso unaufgeklärt wie das Selbstverständnis des Dachverbandes. Die ambivalente Identität der Vereinigung zwischen ihrer Funktion als Interessenvertretung zur Abstimmung gemeinsamer Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit bis hin zu ihrer Bedeutung als Solidargemeinschaft oder Werteverbund zur Weiterentwicklung eines profilierten pädagogischen Ansatzes begründet sich u.a. auch aus der Unkenntnis über das geschichtliche Erbe und die zweifelhafte historische Rolle ehemaliger Funktionsträger.

Diese Einsicht setzt sich in der Leiterkonferenz der Vereinigung im Verlauf des Jahres 2010 mehr und mehr durch. Flankiert wird diese Diskussion zusätzlich durch eine kontroverse Verständigung darüber, inwieweit der Dachverband der Reforminternate eine institutionelle Verantwortung für die Missbrauchstaten in den angeschlossenen Einrichtungen trägt. Verantwortlichkeit lässt sich nun allerdings immer nur personell festmachen: Wer also hat wann von den Übergriffen gewusst? Wie entschlossen waren Lehrer, Heimleiter oder Verantwortungsträger der Vereinigung, Gerüchten oder angezeigten Taten nachzugehen? Wer war überhaupt innerhalb der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wann in welcher institutionellen Verantwortung und hat dort strukturell weitreichende Entscheidungen durchgesetzt? Und mit welchen Maßnahmen schließlich hat die

Vereinigung auf die durch die Vorwürfe des Jahres 1999 ausgelösten Existenzkrisen reagiert?

Erste Recherchen zu diesen Fragen machten dabei sehr schnell deutlich, dass die fast 70-jährige Geschichte der Vereinigung nahezu unerschlossen war und wesentliche Daten der Institutionenentwicklung im Dunkeln lagen. Tatsächlich war über die Vergangenheit des Interessenverbundes reformpädagogischer Internate kaum mehr bekannt, als dass die Gründung irgendwann in den späten 1940er-Jahren erfolgt war, dass es wohl immer wieder interessante Interferenzen zwischen der Profilierung der LEH-Interessen, der Bildungspolitik und der Schulpraxis gegeben haben muss und dass die Kultusgesetzgebung der Bundesrepublik insbesondere in den Jahren der Bildungsexpansion wesentlich von Akteuren aus dem Umfeld der reformpädagogischen Landerziehungsheime beeinflusst worden war. Immerhin erlangten auch einzelne ehemalige Heimleiter und Funktionsträger der Vereinigung der Landerziehungsheime einen bescheidenen Ruhm als kulturgeschichtlich einflussreiche Persönlichkeiten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im kulturellen Gedächtnis der jungen Bundesrepublik hat diesbezüglich etwa Minna Specht Spuren hinterlassen. Als erste Nachkriegsleiterin der Odenwaldschule war sie Garant für einen Neuanfang eines ideologiefreien pädagogischen Denkens in Deutschland nach der NS-Zeit. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch Georg Picht, der nach seiner Leitungszeit am Birklehof als Altphilologe, Religionsphilosoph und Bildungstheoretiker bekannt wurde und u.a. durch das Ausrufen der »Deutschen Bildungskatastrophe« (vgl. Picht 1964) die Expansion des Bildungssektors ab Mitte der 1960er-Jahre konzeptionell vorbereiten half. Zu nennen ist schließlich auch Hellmut Becker, der die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime lange Zeit juristisch vertrat und später als Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin zum einflussreichsten Bildungspolitiker der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt reüssierte. Neben zahllosen Funktionen in der Kultuspolitik bestimmte der »Bildungs-Becker« als Vorsitzender der Vereinigung über fast drei Jahrzehnte hinweg aber weiterhin auch deren Entwicklung maßgeblich: Gefühlt war Becker die LEH-Vereinigung! Diese dominante Stellung überstrahlte auch, wer vor oder neben dem charismatischen Juristen Verantwortung für die Interessen der Landerziehungsheimbewegung übernahm, die Profilierung der Internatserziehung unter den Bedingungen des kulturellen Wandels vorantrieb und die traditionsreichen Einrichtungen durch die Bildungskrisen der Nachkriegsgeschichte steuerte.

Angesichts dieser Desiderate lag es nahe, dass sich die in der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime zusammengeschlossenen Einrichtungen darauf verständigten, einen Forschungsauftrag zu vergeben, um die eigene Vergangenheit transparent und rückhaltlos aufzuarbeiten, den Einfluss der Landerziehungsheimbewegung auf die bildungspolitischen Interventionen seit den späten 1940er-Jahren zu untersuchen, vor allem aber um die zweifelhafte Rolle einzelner Akteure

und Funktionsträger – wie etwa des pädokriminell übergriffigen Gerold Becker – kritisch zu beleuchten. Immerhin war Gerold Becker als Leiter der Odenwaldschule nicht nur der einflussreiche Vertreter des wohl maßgeblichsten innerhalb des Verbandes engagierten Heimes, vielmehr hat er von 1993 bis 1999 als Vorsitzender des LEH-Verbundes die Werte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime selbst personell repräsentiert.

Ziel des im April 2011 begonnenen Forschungsauftrages war es zunächst, das verstreute und vergessene Wissen über die Vereinigung zusammenzutragen und verwertbare wissenschaftliche Erkenntnisse zu deren Institutionengeschichte zu recherchieren. Mittelbar sollte mit diesen Forschungen aber auch Material für eine Expertise aufbereitet werden, um den Dachverband der Reforminternate bei der Organisationsentwicklung eines neuen, tragfähigen und vor allem glaubwürdigen institutionellen Verbundes zu unterstützen, die bekannt gewordenen Vorfälle um sexuelle Gewalt in den angeschlossenen Einrichtungen systematisch aufzuarbeiten und bei der Entwicklung präventiver Maßnahmen gegen Missbrauch in pädagogischen Einrichtungen zu helfen.

Der Fokus des Forschungsauftrages richtete sich damit von Beginn an auf die Darstellung der Institutionengeschichte der Vereinigung und die Rekonstruktion der Netzwerke ihrer einflussreichen Entscheidungsträger. Anders allerdings als die öffentlich stark beachteten, im Umfeld der investigativen Aufklärungsversuche zu den Missbrauchsfällen an der Odenwaldschule seit 2010 erschienenen Publikationen (vgl. u.a. Füller 2011, Jens 2011, Dehmers 2011) sollte der Schwerpunkt des avisierten Forschungsprojektes einen zeitlich größeren und thematisch vielfältigeren Rahmen bedienen. Während bei den genannten journalistischen Aufarbeitungen zur Missbrauchsthematik vor allem die Person Gerold Beckers im Zentrum der Aufmerksamkeit steht und daher insbesondere die Jahre 1969 bis 1999 interessieren, liegt der viel weiter gefasste Fokus des Projektzusammenhangs auf der Vereinigungspolitik wie auf den Szenarien der Krisenbewältigung reformpädagogischer Praxis von der Nachkriegszeit bis in die jüngste Gegenwart.

Auch hinsichtlich des methodischen Zugriffs unterscheidet sich die Studie von den genannten Monografien. Während dort – methodisch durchaus seriös – zu meist auf subjektive Quellengattungen wie die persönliche Erinnerung und das Zeitzeugeninterview zurückgegriffen wird, verpflichtet der Forschungsauftrag darüber hinaus zur Nutzung valider dokumentarischer Quellen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen primär die Sichtung und Erschließung des Archivs der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime. Dieser mehr als 100 Ordner umfassende Bestand dokumentiert detailliert die Entwicklung der Organisation zwischen 1950 und 1999.

Ursprünglich angelegt wurde das Archiv von Hellmut Becker in seiner Zeit als Syndikus und Geschäftsführer des LEH-Verbandes. Nach seinem Wechsel an das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung wurde diese Aktensammlung

dann von Johann Peter Vogel (Geschäftsführer der Vereinigung ab 1963) weitergeführt und wesentlich erweitert. Nach Vogels Pensionierung gelangte dieser Bestand an die Odenwaldschule, wo er in Kisten verstaut eher untergestellt als nutzbar war. Zum Datum der Überführung der Akten nach Ober-Hambach gibt es unterschiedliche Angaben. Wahrscheinlich lagert der Bestand aber dort wohl schon seit 1999, denn er enthält auch ein Konvolut „Unterlagen Wolfgang Harder“ (Ordner 20-23), das nach Aussage Harders bei dessen Ausscheiden aus der Leitungsverantwortung an der Odenwaldschule dort zurückgelassen wurde. Ungeklärt ist allerdings, wer dieses Material wann in den Archivbestand eingepflegt hat.

Tatsächlich wurden die Materialien erst mit Beginn des Forschungsprojektes erstmals wieder zugänglich. Für die Dauer des Projektauftrages wurden die betreffenden Ordner dem Autor zu Recherchezwecken überlassen. Perspektivisch soll dieser Bestand systematisch erfasst und im Archiv der Hermann Lietz-Stiftung aufgestellt werden.

Insgesamt sind diese Akten gut nutzbar. Zwar existiert kein Findbuch des Bestandes. Der Zugriff auf die Materialien wird allerdings durch ein Verzeichnis der Aktenordner erleichtert. Diese dreiseitige Übersicht zum Aktenplan der Geschäftsstelle wurde noch vor Auslagerung des Archivs nach Ober-Hambach von Johann Peter Vogel persönlich angefertigt. Nach Aussage dieses Papiers überliefert die Aktensammlung alle Materialien der Vereinigung bis zum 31.12.1997. Vereinzelt finden sich darin allerdings auch Dokumente, die erst nach diesem Datum entstanden sind und wohl nachträglich von Dritten eingepflegt wurden. Allerdings sind auch diese Vorgänge nicht dokumentiert.

Verlässlich ist diese Quelle vor allem zur Rekonstruktion interner Abläufe und zur historischen Verortung konzeptioneller oder organisatorischer Zäsuren der Vereinigungspolitik. Lückenlos dokumentiert sind im Konvolut „Gremien“ (4-36) beispielsweise die insgesamt 347 seit Januar 1950 verschickten „Rundbriefe des Geschäftsführers“ (Ordner 10-15) sowie die „Protokolle der Heimleitertagungen“ (Ordner 4-9) ab der legendären Zusammenkunft im Juli 1952 in Louisenlund, auf der Minna Specht ein eigenständiges pädagogisches Profil der Landerziehungsheime jenseits öffentlicher Bildungsangebote und curricularer Vorgaben eingefordert hatte (Specht 1952).

Zusätzlich überliefert der Bestand eine Ablage allgemeiner Vorgänge, das so genannte Konvolut „Grundakte der Geschäftsstelle“, „Korrespondenz“ (Ordner 1-3), ein Konvolut „Finanzen“ (Ordner 37-40), ein Konvolut „Die LEH-Vereinigung und ihre Schulen“ (Ordner 41-77), ein Konvolut „Lehrertagungen / Schülerzahlen / Schulvorstände“ (Ordner 78-84), ein Konvolut „Öffentlichkeitsarbeit“ (Ordner 85-100) sowie ein Konvolut „Einzelthemen“ (Ordner 101).

Über diese Dokumente – in erster Linie über die Rundbriefe und die Protokolle – lässt sich ein sehr lebendiges Bild einer Institution an der Schnittstelle von reform-

pädagogischer Tradition, Bildungspolitik, Schulpraxis und Kultusgesetzgebung gewinnen. Problematisch insbesondere an der Quellengattung „Protokoll“ bleibt dabei letztlich, dass diese Materialien lediglich eine offizielle Sicht der Vorgänge und Entscheidungshorizonte wiedergeben. Nicht alles, was in den Sitzungen tatsächlich diskutiert wurde, findet sich später dann in der für die Klärung kontroverser Entscheidungen notwendigen Ausführlichkeit auch im Protokoll wieder. Unpopuläre Beschlüsse wurden oft unkommentiert vermerkt und auch die Motive hinter Personalentscheidungen selten erläutert. Auch die Rundbriefe an die Heim- und Wirtschaftsleiter informieren nicht immer über alle Entscheidungen, mit denen der Vorstand, der Geschäftsführer oder der Arbeitsausschuss – ein Beratungsgremium zur Sondierung der Vereinigungspolitik – konfrontiert waren. Über die bloße Erfassung der überlieferten Daten und Entscheidungen hinaus, galt es demnach, sensible Lesarten für die diskret zwischen den Zeilen übermittelten Informationen zu entwickeln. Gerade für die jüngere Geschichte seit den 1970er-Jahren bot sich zudem die Möglichkeit, noch lebende Zeitzeugen gezielt auf dokumentierte Sachverhalte hin zu befragen und die verfügbaren Archivmaterialien kritisch mit deren Erinnerungen abzugleichen. Als Interviewpartner gaben diesbezüglich u.a. Johann Peter Vogel, Wolfgang Harder oder Rolf Mantler bereitwillig Auskunft und unterstützten die Untersuchung.

Als problematisch erwies sich zudem, dass die Überlieferung des Archivmaterials erst 1950 einsetzt. Gerade die interessanten Vorgänge vor, während und nach dem organisatorischen Zusammenschluss des reformpädagogischen Internatsverbundes in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre waren damit über den Bestand des Archivs nicht belegbar. Zur Rekonstruktion der Vorgeschichte und zur Entwicklung der Vereinigung rund um die Gründungszusammenkunft im Juli 1947 an der Odenwaldschule war demnach der Rückgriff auf die Archivbestände einzelner Landerziehungsheime und Stiftungen notwendig. Recherchen dazu wurden u.a. angestellt im Archiv der Odenwaldschule in Ober-Hambach, im Archiv der Hermann Lietz-Stiftung in Hofbieber oder im Archiv des Landheims Schondorf.²

Auch die spannungsreichen Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsvorwürfe gegen Gerold Becker sind nicht in den 101 Ordnern der Provenienz Becker/Vogel dokumentiert. Die mit Beginn der Leitungsära Wolfgang Harder ab dem Jahr 1999 angelegten Vorgänge sind weiterhin in der momentanen Geschäftsstelle der LEH-Vereinigung archiviert. Während der Recherchen zum Forschungsauftrag befand sich dieses Büro in Oberhausen. Inzwischen lagert das Archivmaterial am Standort des inzwischen umbenannten Dachverbandes der Landerziehungsheime

2 Aufgeschlossen und geduldig wurden diese Recherchearbeiten insbesondere von Meto Salijevec und Alexander Priebe (Odenwaldschule), Birgit Sondergeld (Hermann Lietz-Stiftung Hofbieber), Burkhard Werner (Hermann Lietz-Schule Haubinda) sowie Heidi Gernhardt und Roman Friemel (Landheim Schondorf) unterstützt. Umfangreiches Archivmaterial und vergriffene Privatdrucke stellte dankenswerterweise auch Hanna Kneser (Birklehof) zur Verfügung.

(i.e. DIE INTERNATE VEREINIGUNG) in Frankfurt/M. Für Nachforschungen standen diese Akten jederzeit und ohne jede Einschränkungen frei zur Verfügung. Allerdings ist dieser Quellenbestand bisher archivalisch nicht systematisch erschlossen oder geordnet. Ebenso wenig existiert ein Verzeichnis der Vorgänge. Über Ablagevermerke ließen sich aber alle gesuchten Informationen finden und zu klärende Abläufe recherchieren. Als ergiebiges Quellenmaterial erwiesen sich dabei erneut die Protokolle der Mitgliederversammlungen und die Dokumente der Vorstandssitzungen.

Verfügbar in der Materialienprovenienz der Geschäftsstelle war zudem die Quellengattung der „Rundbriefe“. Mit Beginn seiner Tätigkeit als Syndikus des Verbandes hatte Hellmut Becker dieses interaktive Kommunikationsinstrument eingeführt, um die Leiter der angeschlossenen Heime gleichzeitig und zeitnah über anstehende Sachfragen zu unterrichten. Für ihn selbst hatte die Nutzung dieses Mediums zudem den Vorteil, dass er sich von mühevoller Einzelkorrespondenz entlastete. In den 1950er-Jahren waren es demnach zunächst vor allem arbeits- und distributionsökonomische Gründe, die für die Rundbriefe sprachen. In seinem ersten diesbezüglichen Anschreiben an die Heimleiter vom 03.01.1950 votiert er dementsprechend:

[...] ich möchte Sie jetzt wenigstens durch einen Rundbrief über das orientieren, was bisher geschehen ist. Ich will solche Rundbriefe in lockerer Folge auch in Zukunft an Sie schreiben, bin auch gern bereit, darin von Ihnen aufgeworfene Fragen zu beantworten (Becker 1950, S.1).

Für die Rekonstruktion der Entwicklung des Verbandes reformpädagogischer Heimschulen waren diese Materialien ein Glücksfall, stand damit doch eine Quelle zur Verfügung, die mehr als nur dokumentarischen Wert hat. Tatsächlich lässt sich an den Rundbriefen ähnlich wie in einem Tagebuch die Chronologie der Ereignisse ablesen: Diese listen die Probleme des dramatischen Alltags in den Heimen (beispielsweise die schwierige Beschaffung von Brennmaterialien oder die Akquise von Lebensmitteln) ebenso wie die Konflikte der Heimleiter untereinander oder die Einflussnahme der Vereinigung auf bildungs- und kultuspolitische Entscheidungen. Nach Hellmut Beckers Rückzug von der Geschäftsführung und seinem Wechsel nach Berlin hat Johann Peter Vogel diese Korrespondenz bis zu seiner eigenen Pensionierung im Dezember 1998 weitergeführt. Auch danach erhielten die Heimleiter noch vereinzelt solche Rundbriefe. In den Akten der Geschäftsstelle in Oberhausen konnten aber lediglich noch fünf entsprechende Schreiben nachgewiesen werden – vier von Gerold Becker sowie ein auf den 29.09.1999 datiertes letztes Zirkular von der Hand Wolfgang Harders, dem seit Mai des Jahres amtierenden neuen Vorsitzenden der Vereinigung. Nach dem Um-

zug der Geschäftsstelle von Berlin nach Stuttgart³ wurde die Sammelkorrespondenz dann allerdings zunehmend auf elektronischem Wege realisiert. Sollte dieses Material überhaupt noch existieren, dann ist es wohl allenfalls noch auf archivierten elektronischen Speichermedien verfügbar. Für den Forschungsauftrag wurde jedoch darauf verzichtet, die seit dem Jahre 2000 vertriebene elektronische Post zu erschließen und aufzubereiten.

Angesichts der thematischen Breite des Forschungsauftrages, der von der Rekonstruktion der jüngeren Geschichte reformpädagogischer Praxis bis hin zur Aufklärung personeller Verantwortlichkeiten einzelner LEH-Repräsentanten für den sexuellen Missbrauch reichte, war früh klar, dass die Projektergebnisse nicht als klassische Institutionengeschichte präsentiert werden konnten – also nicht als bewährte Rekonstruktion des historischen Verlaufs von Gründung, Ereignisgeschichte und personeller Verantwortlichkeit. Schon gar nicht sollte eine monothe-matische und chronologische Geschichtserzählung geboten werden: Zu groß war dabei die Gefahr der Verkürzung ambivalenter Ereignisse, historischer Zäsuren und paradoxer Vorgänge auf eindimensionale Darstellungsweisen.

Stattdessen favorisierte der methodische Zugriff einen innovativen Ansatz, der Analyseverfahren sozialwissenschaftlicher Wissenschaftsforschung mit Forschungspraktiken der Institutionen- und Organisationsforschung, der Biografie-forschung wie auch der Bildungsphilosophie und der Historischen Bildungsforschung miteinander zu verbinden suchte:

Aus der Perspektive der Wissenschaftsforschung – die die Interferenzen zwischen Wissenschaft, Politik und sozialem Feld untersucht – gestattete dieses Projekt exklusive Einblicke in die Netzwerke einer einflussreichen Kulturelite der Nachkriegszeit und die Rekonstruktion reformpädagogischer Einflussnahme auf die Bildungspolitik, die Kultusgesetzgebung und die schul- wie sozialpädagogische Praxis zwischen 1945 und der Gegenwart: Tatsächlich sind Phänomene wie die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren, institutionelle Trends wie die Etablierung von Gesamt- und Ganztagsschulen oder Entwicklungen wie die Demokratisierung des Zugangs zu Bildung ohne die Kärnerarbeit der reformpädagogischen Institute in freier Trägerschaft nicht denkbar. Und in der Tat macht die Untersuchung deutlich, dass die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime in nuce die Historie der vielfältigen Interventionen und Reformmaßnahmen des bundesdeutschen Bildungssektors der Nachkriegszeit spiegelt. Paradigmatisch erschließen lässt sich dies etwa über das Wirken solcher Persönlichkeiten wie Hellmut Becker oder Georg Picht.

3 Während der Leitungszeit von Wolfgang Harder (1999-2005) wurden die Geschäfte des Internatsverbandes wie die Aktivitäten der Pädagogischen Arbeitsstelle der Vereinigung von Stuttgart aus koordiniert.

Was die Wissenschaftsforschung allerdings nicht leisten kann, sind Sensibilisierung, Empathie und Betroffenheit für die Verletzungen der Opfer. Hier galt es daher, bei der Darstellung der Reforminitiativen und Strukturentscheidungen eine ambitionierte Perspektive einzunehmen, die das vor dem Horizont der Reform- und Strukturentscheidungen geschehene Unrecht nicht verdrängte, als solches benannte und denen eine Stimme gab, die unter den Verbrechen der vorgeblichen Stars und Heroen der pädagogischen Szene leiden mussten. Dass die Darstellung dabei auch die problematischen Psychogramme der Täter und vermeintlichen Mitwisser nicht aussparen konnte, versteht sich von selbst.

Um der Gefahr hagiografischer Lesarten bei der Rekonstruktion der Lebensleistungen der maßgeblichen reformpädagogischen Protagonisten vorzubeugen, waren methodische Ansätze der Biografieforschung hilfreich. Fragen, wie die nach der fragilen Konstitution von Identität und Professionalität im pädagogischen Selbstverständnis, haben davon ebenso profitiert wie die nach der Ambivalenz der Vorstellungen sozialer Rollen im Rahmen pädagogischer Verantwortung. Damit wurden dann schließlich auch Fragenkomplexe der Bildungsphilosophie, der pädagogischen Anthropologie und der Personengeschichte der Pädagogik berührt: Tatsächlich muss eine Institutionengeschichte jüngerer Landerziehungsheimpädagogik sich positionieren zu Problemen der Konstitution pädagogischer Beziehung, zur Bedeutung des Körpers im Rahmen pädagogischer Intervention wie zum problematischen Spannungsverhältnis von Gewalt und Macht in erzieherischen Verhältnissen! Diese Themen werden nicht immer in eigenständigen Kapiteln abgehandelt. Dennoch sollten sie aber in der Argumentation fortwährend und offenkundig erkennbar sein.

Die hier vorgelegte Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime bietet – wie bereits betont – keine monothematische Chronik von der Gründung des Verbandes im Jahre 1947 bis zu seiner organisatorischen Neuausrichtung in Folge des Missbrauchsskandals im Jahre 2012. Vielmehr wird der Versuch unternommen, über vielfältige Perspektiven Einblicke in die spannungsreiche Vereinigungspolitik zu geben wie auch die interessanten Interferenzen der LEH-Interessen mit den schulpraktischen und bildungspolitischen Kontexten zu gewinnen. Die vier folgenden Kapitel verstehen sich daher als solche unterschiedlichen Zugriffe, die Schlaglichter auf eine sehr lebendige, oftmals aber auch esoterische (i.e. von den zeitgenössischen Anforderungen der Tagespraxis abgelöste) Diskussionskultur werfen. Dabei gibt es vielfach thematische Überschneidungen. Diese Redundanzen sind aber durchaus intendiert, denn jeder Erzählstrang sollte aus seiner jeweiligen narrativen Eigenlogik heraus verständlich sein: Jede Geschichte – die der Institution(en), die der einzelnen Protagonisten, die der thematischen Diskurse – sollte auch für sich sinnhaft sein, um die je genuinen Bedeutungshorizonte und Motivlagen sichtbar zu machen, die den historischen Verlauf bestimmten. Trotz der Parallelität und der Interferenzen innerhalb der Entscheidungs- und

Ereignisfelder zeichneten sich so vor allem aber jene subtilen Nuancen und ambivalenten Farbschatten im perspektivreichen Gemälde der Kulturgeschichte der jüngeren Reformpädagogik ab, die dem Bild des Diskursfeldes schließlich seine mehrdeutige Wesenhaftigkeit verliehen.

Im zweiten Kapitel – „Daten“ – wird dazu zunächst die lange Tradition der Landerziehungsheimbewegung vorgestellt. Berücksichtigung finden dabei vor allem jene Motive, die eine erneute Kooperation pädagogisch-konzeptionell ähnlich arbeitender Reforminternate nach 1945 sinnvoll erschienen ließen. Ergänzt wird diese historische Grundlegung durch eine Aufstellung aller Landerziehungsheime, die zwischen 1947 und 2012 Mitglieder der Vereinigung waren. Eine Übersicht zu den Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern des Verbandes vervollständigt und beschließt diesen Absatz.

Das dritte Kapitel – „Personen“ – stellt die maßgeblichen Akteure vor, die das Konzept der Landerziehungsheime nach 1945 profiliert, repräsentiert und nach außen vertreten haben. Neben den verantwortlichen Vorsitzenden der Vereinigung (Fritz Christiansen-Weniger, Minna Specht, Fritz Linn, Hellmut Becker, Gerold Becker, Wolfgang Harder und Erika Risse) finden hierbei auch Georg Picht und Johann Peter Vogel Berücksichtigung. Beide haben pädagogisch-konzeptionell, bildungspolitisch und juristisch Wegweisendes für die Landerziehungsheimidee geleistet.

Das vierte Kapitel – „Themen und Debatten“ – bietet eine Kurzübersicht über die inhaltlichen Fragestellungen, die die Vereinigungsentwicklung über die Jahre bestimmt haben. Obgleich in der späten 1940er-Dekade ursprünglich überwiegend juristische Zwänge Anlass für den Zusammenschluss der Heime zu einem Verband waren, setzte – maßgeblich veranlasst durch Minna Specht, Georg Picht und Ernst Reisinger – aber schon kurz nach der Kooperationsvereinbarung eine intensive Debatte über das Selbstverständnis der Internate als reformpädagogische Einrichtungen ein. Diese Diskussion begleitete die Heime im Grunde bis in die Gegenwart. Die thematischen Knotenpunkte dieser Reflexion werden in diesem Abschnitt skizzenhaft nachgezeichnet – die Verständigung zur Oberstufenreform und zur Profilierung der Qualität von Schule und Unterricht; die Einflussnahmen und die Reaktion der Landerziehungsheime auf bildungspolitische Konjunkturen; die intensive Suche nach Alleinstellungsmerkmalen der Schulen in der Phase ihrer vorübergehenden institutionellen Entbehrlichkeit in den Jahren nach der Bildungsoffensive; die vielfältigen Initiativen der Öffentlichkeitsarbeit, der Lehrerweiterbildung und Schulevaluation oder die Schwierigkeiten, in der jüngeren Gegenwart erneut an bildungspolitischen Debatten zu partizipieren. Im Mittelpunkt dieser Betrachtung steht allerdings ein vertiefender Einblick in den ambivalenten Verständigungsprozess über Fragen des sexuellen Missbrauchs, da diese Problematik auf kontroverse Weise die Meinungsbildung innerhalb der Vereinigung nach 1998 dann für mehr als über ein Jahrzehnt hinweg bestimmte. Tatsächlich erweist sich an der Debatte um pädosexuelle Gewalt, wie unterentwi-

ckelt der gemeinsame Horizont geteilter Werte und Vorstellungen der im Dachverband der Reforminternate zusammengeschlossenen Schulen letztlich war. Im Grunde machen die beiden medial – mehr oder weniger intensiv – begleiteten Aufklärungswellen zu den Verbrechen im Hambachtal im Jahre 1999 und im Jahre 2010 deutlich, wie fragil der Zusammenschluss der Heime als ein lediglich pragmatischer Interessenverbund privater Bildungsträger letztlich war und dass die jüngere Landerziehungsheimbewegung kaum verantwortliche pädagogische Visionen entwickeln konnte, um jene kritische Selbstreflexion leisten zu können, die zur Bewältigung der durch die Vorkommnisse sexualisierter Gewalt veranlassenen Identitätskrise der Reformpädagogik notwendig war.

Abschließend wird im fünften Kapitel eine „Chronik“ präsentiert, in der die wesentlichen Daten, Etappen und Zäsuren der Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime unkommentiert und mit dem Anspruch auf objektivierende Darstellung gelistet sind. Diese Übersicht kann bilanzierend als Zusammenfassung ebenso konsultiert werden wie ergänzend bei der fortlaufenden Lektüre des Buches. Für Eilige bietet sich diese Chronik zudem als Einstieg an. Der Leser wird hier nur mit den historischen Fakten konfrontiert und bleibt unbelastet von den Zumutungen engagierter Hermeneutik oder subjektiver Deutung, die in den darstellenden Kapiteln möglicherweise immer wieder durchscheinen. Und selbstverständlich bietet der chronologische Überblick eine Fülle von Daten, die im kommentierenden Teil aus darstellungs-dramaturgischen Gründen nicht immer Berücksichtigung finden konnten.

Nach einer Reihe von Paratexten – „Quellen und Literatur“, „Last and final“, „Editorische Notiz“, „Personenregister“ – ermöglicht dann das abschließende neunte Kapitel des Buches: „Quellenwerke“ eine authentische Orientierung über das thematische Selbstverständnis der Landerziehungsheimpädagogik am Beispiel von Primärquellen. Der Leser findet in diesen Dokumenten einiges wieder, was in den kommentierenden Kapiteln vorher bereits erörtert wurde. Viele dieser Materialien (etwa das Protokoll der Gründungsveranstaltungen der Vereinigung vom Juni 1947) erscheinen erstmals in gedruckter Form. Häufig sind diese Quellen den Archivakten entnommen und bieten interessante Einblicke in Verständigungsprozesse und Entscheidungsfindungen der Vereinigungspolitik. Andere, oftmals verstreut edierte oder auch nur in Kleinstauflagen von Schulprospekten publizierte Dokumente (etwa Georg Pichts: „Die Idee des Landerziehungsheimes“), gelten inzwischen als Klassiker reformpädagogischer Tradition. In nuce stellen diese Texte das Gedächtnis der Landerziehungsheimbewegung nach 1945 dar.